

Beschlüsse zur breiten Entfaltung der Demokratie erfordert jedoch auch in dieser Hinsicht eine Verbesserung der Parteilarbeit der Betriebsparteiorganisationen, insbesondere in unseren Großbetrieben.

Unsere Genossen in den Betrieben müssen auch lernen, die in der Presse zur Vorbereitung der Sitzungen der Volksvertretungen veröffentlichten Artikel selbständig für ihre politische Arbeit auszuwerten. Sie müssen lernen, selbständig zu handeln und mit der schlechten Gewohnheit brechen, immer auf die entsprechenden Hinweise der Kreisleitung oder des Parteiapparates zu warten.

Im Februar dieses Jahres hatte die Kreisdelegiertenkonferenz beschlossen, daß Abgeordnetenkabinette in den Betrieben zu bilden sind. Das war notwendig, weil sich die Partei- und auch die Gewerkschaftsleitungen nicht genügend für die Arbeit der Abgeordneten ihres Betriebes verantwortlich fühlten.

In den Großbetrieben, wie z. B. in den Nähmaschinenwerken, wurde mit Hilfe der Partei- und der Gewerkschaftsorganisation und der Betriebsleitung die Arbeit im Abgeordnetenkabinett entwickelt. Die in diesem Betrieb tätigen Abgeordneten machte man der gesamten Belegschaft bekannt und führte regelmäßige Sprechstunden ein. Was wir jedoch noch nicht erreicht haben, das ist die Erläuterung der Beschlüsse und die regelmäßige Berichterstattung der Abgeordneten vor ihren Kollegen nach den Kreistags- bzw. Gemeindevertretersitzungen.

Die Stadtverordnetenversammlung von Meuselwitz, die sich mit den Fragen der Versorgung beschäftigte, hatte zum Beispiel die Einrichtung des Minutenverkaufs für die Betriebsverkaufsstelle der Maschinenfabrik beschlossen. Die im Betrieb tätigen Stadtverordneten versäumten es aber, diesen guten Beschluß der Belegschaft zu erläutern. Das wäre bestimmt nicht passiert, wenn die Betriebsparteiorganisation und ihre Leitung regelmäßig auch zur Arbeit der Abgeordneten Stellung genommen hätte. Auch der Werkleiter, Genosse Beer, der Abgeordneter des Kreistags ist, nahm die ihm daraus erwachsene Pflicht, den im Betrieb tätigen Stadtverordneten zu helfen und auf die Zweckmäßigkeit der Berichterstattung aufmerksam zu machen, nicht wahr. So werden noch gute Möglichkeiten zur Entwicklung des Staatsbewußtseins der Werktätigen und zur Herstellung enger Beziehungen zwischen Abgeordneten und Wählern übersehen.

Noch immer gibt es auch solche Fälle, daß Abgeordnete in ihrer Tätigkeit behindert werden. So wurde z. B. der Kreistagsabgeordnete, Genosse Sachse, der im Braunkohlenwerk Phönix als Facharbeiter tätig war, von seinem Arbeitsplatz in der Großwerkstatt entfernt. Das geschah mit der Begründung, daß sich seine Abgeordnetentätigkeit störend auf den Ablauf der Produktion auswirke. Genosse Sachse wird jetzt als Hilfsarbeiter beschäftigt und erleidet dadurch auch eine finanzielle Einbuße. Das ist ein Verstoß gegen unsere demokratische Gesetzlichkeit. Damit hat sich der Kreistag auseinanderzusetzen und den Verantwortlichen im BKW Phönix auch klarzumachen, daß sie eine merkwürdige Haltung zur Frage der Steigerung der Arbeitsproduktivität einnehmen, wenn dort ein Facharbeiter mit Hilfsarbeiten beschäftigt wird.

Von solchen Einzelfällen abgesehen, können wir aber doch davon sprechen, daß sich in unseren Betrieben schon ein Wandel in der Arbeit mit den Volksvertretern vollzieht. Wie steht es jedoch in dieser Beziehung mit den Betrieben, die mit einer LPG oder einer Gemeinde Patenschaftsverträge abgeschlossen haben? Hier steht noch meist die materielle Hilfe im Vordergrund. Zwar werden auch Genossen zur Unterstützung der politisch-ideologischen Arbeit, so z. B. an den Landsonntagen, eingesetzt. Was hier aber noch fehlt, das ist die Hilfe der Betriebe zur Entfaltung eines demokratischen Lebens in der Patengemeinde. Dazu